

Noch in diesem Sommer soll der Bau eines neuen Mahnmals in Bremen zur Erinnerung an die Opfer des Raubzuges der Nazis gegen Jüdinnen und Juden beginnen. Der Senat von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hat am Dienstag einen entsprechenden Bauplan beschlossen. Die Arbeiten für das neue sogenannte Arisierungsmahnmal sollen demnach im Juni beginnen, wie der Senat am Dienstag mitteilte. Da das Mahnmal außerhalb der von September bis einschließlich März dauernden Sturmflut-saison gebaut werden müsse und laut Mitteilung für die Fertigstellung vier bis fünf Monate benötigt werden, liegen demnach die letzten Monate der Bauzeit im »hochwasserkritischen« Zeitraum.

»Ohne Abstriche«

Die Errichtung des Mahnmals geht auf einen Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 8. November 2016 zurück. Zuerst war als Standort das Stufenbauwerk an der Schlachte vorgesehen. Der jetzt geplante Standort an der Tiefe zwischen den Weser-Arkaden und der Wilhelm-Kaisen-Brücke – weitest des Stammsitzes des international tätigen Speditionsunternehmens Kühne & Nagel – sei »künstlerisch überzeugend«, habe den Rückhalt der Jüdischen Gemeinde und sei »kostengünstiger als die Ursprungsvariante an der Schlachte«, sagte Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) laut Mitteilung des Senats. An dem gewählten Treppenaufgang lasse sich das Mahnmal nach einem Entwurf der Künstlerin Evin Oettingshausen »ohne Abstriche« umsetzen, wie die Grünen-Fraktion bereits am Montag mitteilte. Der Senat veranschlagt die Baukosten auf 476.000 Euro.

Oettingshausens nun umzusetzender Entwurf sieht einen Schacht von fast sechs Meter Höhe in einer Treppennische vor. Das Werk soll über zwei Fenster Einblicke in den Raum ermöglichen, »von der Uferpromenade am unteren Treppenpodest sowie von oben durch ein horizontales begehbares Fenster«, heißt es in einer Mitteilung des Senats. In dem Schacht selbst sollen zwei Wandplatten aus Beton mit drei Meter Höhe aufgehängt werden, auf denen »durch



Entwurf der Künstlerin Evin Oettingshausen für das neue Mahnmal im Treppenaufgang an der Wilhelm-Kaisen-Brücke

Unweit der Profiteure

Bremen: Senat beschließt Bauplan für neues »Arisierungsmahnmal«. Linke fordert von Speditionsunternehmen Beteiligung an Baukosten. **Von Marc Bebenroth**

Gestaltung der Oberflächenstruktur schemenhafte Schattenwürfe von Möbeln »gezeigt werden. Der Raum soll damit symbolisch für den in Hitlerdeutschland und Westeuropa geraubten Besitz von Jüdinnen und Juden stehen.

An Verbrechen verdient

Zwar begrüße man, dass in diesem Jahr der Bau des Mahnmals beginnen könne, es werde »eine wichtige Ergänzung beim Erinnern an Ausgrenzung, Leid und Entrechtung der Jüd*innen sein«, erklärte Linke-Fraktionsvize Miriam Strunge bereits in einer Mitteilung vom Montag. Doch die Linke-Politikerin

erwarte auch, dass sich Speditionsunternehmen wie Kühne & Nagel als »maßgebliche Profiteure des Raubes an den Jüd*innen« ihrer Verantwortung stellen und »einen erheblichen Teil der Baukosten« übernehmen. Dieser Forderung könne sich der Bremer Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) auch anschließen, sagte der Landesvorsitzende Ulrich Stuwe am Dienstag im Gespräch mit *junge Welt*. Noch besser fände er jedoch ein Bekenntnis von Kühne & Nagel dazu, in der Nazizeit am Raubzug gegen die Jüdinnen und Juden mitverdient zu haben.

Auf jW-Nachfrage teilte Strunge am Dienstag mit, die Bremer Linke erwarte, dass die Bremer Speditions-wirtschaft mindestens ein Drittel der Kosten trage. Doch welche Handhabe haben Senat oder Bürgerschaft beispie-lsweise gegenüber Kühne & Nagel? Strunge: »Eine rechtliche Handhabe gibt es nicht.« Allerdings habe Mehrheitseigentümer Klaus-Michael Kühne 2019 noch eine Kostenbetei-ligung zugesagt. »Wir erwarten eine Ein-haltung dieser Zusage und sehen eine klare moralische Verpflichtung dieses Unternehmens, sich der Verantwortung gegenüber der Unternehmensgeschich-te zu stellen.«

Verbrechen vor der eigenen Haustür

Zwölfteilige Veranstaltungsreihe erinnert 2022 an Zwangsarbeit in Berliner Bezirken

Die zur Zwangsarbeit verschleppten Menschen waren »unübersehbar«, erklärte die Leiterin des Berliner »Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit«, Christine Glauning, bei der Online-Auftaktveranstaltung der zwölfteiligen Reihe »Zwangsarbeit in den Berliner Bezirken«. Vom 20. Januar bis 8. Dezember soll in diesem Jahr zusammen mit zwölf Museen an jene Opfer der Nazidiktatur erinnert werden, die oft vergessen wurden. »Es fand buchstäblich vor der eigenen Haustür statt«, erklärte Glauning. »Fast an jeder Ecke befand sich ein Arbeitslager.«

Berlin war damals mit Firmen wie AEG oder Siemens ein wichtiges Industriezentrum. Aber Glauning erinnerte daran, dass alle Branchen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern profitierten, »von kleinen Betrieben wie Brauereien über die Kirche bis hin zu Privathaushalten«. Und die von den Nazis zur Arbeit gezwungenen Menschen hausten an Orten, von denen man heute nicht ahnen kann, dass es mal Zwangsarbeitslager waren: »große Baracken am Stadtrand, aber auch unfunktionierte Gebäude wie Schulen,

Kinos, Theater«, ebenso Restaurants, Keller und andere improvisierte Unterbringungen. Rund 3.000 solcher Unterkünfte soll es während der Nazizeit in der Hauptstadt gegeben haben.

Doch wer waren diese Menschen, die zur Arbeit gezwungen wurden? »Vor Kriegsbeginn waren es Berliner Jüdinnen und Juden im Rahmen des sogenannten geschlossenen Arbeitseinsatzes«, so Glauning. »Sinti, Roma, als sozial diffamierte Menschen, später verschleppte Menschen aus den besetzten Gebieten und schließlich auch KZ-Häftlinge«. Der sogenannte Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz war demnach der Chef jener Zentralbehörde, deren Aufgabe darin bestand, die Verschleppung von Millionen von Menschen aus den besetzten Gebieten »ins Reich« für den Arbeitseinsatz effizienter zu organisieren. Rund 500.000 Menschen mussten in Berlin Zwangsarbeit verrichten.

»Am Ende des Zweiten Weltkrieges war jede siebte Person in der Berliner Bevölkerung Zwangsarbeiter«, erzählt Heike Hartmann, die Leiterin des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf, bei der Vorstellung der ersten Ver-

anstaltung der Reihe am 20. Januar. »Dennoch sind wenig Spuren dieser Zwangsarbeit im Stadtraum zu sehen«, sagte sie. Viele damalige Unterkünfte seien heute nicht mehr bekannt. Auch nicht die Gebäude der Verwaltungsstellen, die an diesen Verbrechen beteiligt waren. In Berlin-Charlottenburg wurde im August eine Gedenktafel an der Wilhelmsaue 40 angebracht, berichtete die Museumsleiterin. Dort mussten die zur Arbeit gezwungenen Menschen damals Trümmer räumen und wurden in Rüstungs-fabriken eingesetzt.

Dem Historiker an der Freien Universität Berlin, Cord Pagenstecher, zufolge wurde »die Diskussion nicht immer sachlich geführt«. Er sprach zu Beginn der Veranstaltungsreihe von der erwähnten Erinnerungstafel. Die Zwangsarbeiter wurden nicht nur zur Arbeit gezwungen, sagte Pagenstecher, sondern waren auch noch häufig »Opfer von Gewalttaten und Denunziationen« aus der Bevölkerung. Er sei auf mehrere diskriminierende Begriffe bei der Feldforschung gestoßen, mit denen die Bevölkerung die ausländischen Zwangsarbeiter bezeichnete, wobei es je nach Nationalität auch Unterschie-

de in der Behandlung gegeben habe: Französische oder niederländische Verschleppte seien besser behandelt worden. »Ohne Zwangsarbeiter wäre nicht nur die Kriegsindustrie, sondern auch die Versorgung der Berlinerinnen und Berliner zusammengebrochen«, konstatierte Pagenstecher schließlich.

Das Arbeitslager in der Berliner Wilhelmsaue war ursprünglich ein Kindergarten und ein Gerätehof der Straßenreinigung. Die Nazis errichteten dort 1942 ein Zwangsarbeitslager. Heute ist es ein Dienstleistungszentrum für Informationstechnologie der Berliner Verwaltung. »Hier trug nicht ein Rüstungskonzern, nicht die Gestapo oder Wehrmacht die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus, sondern die öffentliche Verwaltung des Bezirksamtes Wilmersdorf«, sagte der Historiker Pagenstecher. An diesem Ort seien schon vor Kriegsbeginn »Menschen für die Zwangsarbeit untergebracht« worden. So waren mehrere Juden vom Bezirksamt zu bestimmten erniedrigenden Tätigkeiten gezwungen worden.

Carmela Negrete

■ kurzlinks.de/ZwangsarbeitBerlin

Connewitz-Überfall: JVA-Beamter vor Gericht

Leipzig. Sechs Jahre nach dem Überfall von mehr als 200 Neonazis auf den Leipziger Stadtteil Connewitz muss sich seit Dienstag ein suspendierter JVA-Beamter wegen Landfriedensbruchs vor Gericht verantworten. Der 36-jährige machte zum Prozessauftakt vor dem Amtsgericht Leipzig keine Angaben. Laut Anklage hatte der Mann zu den Angreifern gehört, die im Januar 2016 nach der Attacke auf den Stadtteil festgesetzt worden waren. Hooligans und Neonazis hatten in einer Straße in Connewitz Dutzende Schaufensterscheiben eingeschlagen und zahlreiche Autos beschädigt. Der Beamte wurde Anfang 2019 vom Dienst in einer Justizvollzugsanstalt (JVA) suspendiert. Das Justizministerium hatte angegeben, erst Ende 2018 vom dem Fall erfahren zu haben. Der Prozess soll am Freitag fortgesetzt werden. Dann werden auch die Plädoyers und das Urteil erwartet. (dpa/jW)

»Freie Sachsen« bundesweit beobachtet

Köln. Die faschistisch-sezessionistische Kleinstpartei »Freie Sachsen« wird nun auch bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie sei inzwischen als sogenannter Verdachtsfall eingestuft, bestätigte das Bundesamt für Verfassungsschutz am Freitag in Köln. Das sächsische Landesamt hatte die Partei schon im Juni vergangenen Jahres als »rechtsextremistische« eingestuft. Die vor einem Jahr gegründeten »Freien Sachsen« mobilisieren überregional zur Teilnahme an reaktionären Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen. Es gehe der Partei um »Verächtlichmachung und Delegitimierung« des Staates, hatte Sachsens Verfassungsschutzpräsident, Dirk-Martin Christian, im Sommer gesagt. Er sprach damals von einer »überregionalen Vernetzungsplattform für Rechtsextremisten aus der gesamten Bundesrepublik«. (AFP/jW)

Obdachlose häufig von Rechten attackiert

Frankfurt am Main. Gewalt gegen Wohnungslose ist überdurchschnittlich oft »rechtsextrem und rassistisch« motiviert. Das erklärte der Sozialpädagoge und Buchautor Jürgen Malysek in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der *Frankfurter Rundschau*. Derartige Angriffe würden »durch einen tiefgründigen Hass gegen alle Menschen, die ganz unten leben«, verursacht. Es gebe so etwas wie eine »Beharrlichkeit von traditionellen Denkweisen« im Umgang mit Wohnungslosen und anderen Außenseitern, sagte Malysek und verwies dabei auf Diffamierungsbegriffe aus der Nazizeit. Zuletzt habe die neoliberale Agendapolitik der »Bestrafung« von Nichtarbeitenden zur Renaissance verholfen. »Die Anklagen, Diffamierungen, der Hass kommen aus der Mitte der Gesellschaft«, sagte der Sozialpädagoge dem Blatt. (jW)